



Darmstädter Aktive bei der Mietendemo ‚Widersetzen‘ am 20.10.2018

## INHALT

### SEITE 2:

HESSENCAMPUS  
HAUSHALT

### Seite 3:

KINDER-/JUGENDARBEIT  
BÜRGERBETEILIGUNG

### SEITE 4:

AMTIX KURZ  
§ 218 /219A

Adresse  
Bürgersprechstunde  
Öffentliche Fraktions-  
sitzungen  
Spendenkonto

## Bauverein: Mietanstieg stoppen, Verdrängung verhindern, bezahlbaren Wohnraum erhalten!

### LINKS GEDACHT

#### DIE PRIORITÄT BEIM GELD AUSGEBEN

In Darmstadt gibt es nun in Kürze ein Sozialticket. Aus unserer Sicht ist dieses stark unterfinanziert. Es sind 400.000 Euro hierfür vorgesehen. Nach unseren Berechnungen müsste hierfür aber deutlich mehr, ca. 800.000 Euro, Geld in die Hand genommen werden. Als unsere Fraktion darauf aufmerksam machte, kam sofort Widerspruch, dies sei finanziell nicht machbar. Wenige Stunden später wurden mehrere Beschlüsse zu Bauprojekten gefasst, die in der Gesamtsumme über 20 Millionen Euro teurer wurden wie anfangs geplant. Hier wurde aber nicht die Frage gestellt, wo das Geld herkommen sollte. Ergebnis: Wenn es um Soziales geht, ist das Geld immer knapp.

#### Aktuelle Stunde zur Großsanierung im Rhön-/Spessarttring

Im Rhön- und Spessarttring saniert die Bauverein AG seit 2017 einen Gebäudebestand, der insgesamt 52 Gebäude mit 900 Wohnungen umfasst. In diesen von August Buxbaum geplanten Arbeiterwohnungen leben vorwiegend Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen, teilweise schon seit Jahrzehnten. Etliche von ihnen haben über die Jahre hinweg selbst Hand angelegt und ihre Wohnungen modernisiert. Die Bauverein AG hingegen hat jahrzehntelang nur das Allernötigste für die Instandhaltung getan, sowohl außen an den Gebäuden als auch innen in den Wohnungen. Diese Gebäude sollen nun bis 2021 Schritt für Schritt saniert und modernisiert werden. So weit, so gut.

Die Baumaßnahmen bestehen aus Instandhaltung der Häuser im Außenbereich, aus denkmalgerechter Gestaltung der Fassaden und zu 20% auch aus Modernisierungen, beispielsweise durch neue Fenster. Eine Dämmung ist aus Gründen des Denkmalschutzes nicht vorgesehen. Innen werden die Wohnungen weder renoviert noch modernisiert. Aber trotzdem legt die Bauverein AG 1,50 Euro pro Quadratmeter auf die Mieten um, was zu Erhöhungen von etwa 20% führt. Und das, obwohl meistens bereits Mietspiegel-Niveau erreicht ist. Die Mieterinitiative (siehe rhoenring.de) protestiert gegen diese Erhöhungen, weil Mieten von 9 Euro/qm für viele Bewohnerinnen und Bewohner kaum noch tragbar sind – und durch die Umstellung auf Fernwärme werden die Heizkosten und damit die Warmmiete noch weiter steigen!

Die Bauverein AG führte mit der Initiative einen „Dialog“, zeigte sich aber zu keinerlei Zugeständnissen bereit,

die über individuelle Lösungen für Einzelfälle hinausgehen. Das nahmen wir zum Anlass, dieses Trauerspiel mit einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2018 zu setzen. Unter dem etwas sperrigen Titel „Drastische Mieterhöhungen der Bauverein AG nach Großsanierung des August-Buxbaum-Ensembles im Rhönring/Spessarttring führen zu schwerer Belastung und Verdrängung von Mieterinnen und Mietern“ wollten wir insbesondere die Stadtverordneten von Grünen und CDU zwingen, Farbe zu bekennen. Zur Unterstützung demonstrierten etwa 30 Mieterinnen und Mieter vor dem Justus-Liebig-Haus und verfolgten später die Debatte.

Wir schlugen in unserem Redebeitrag vor, dass der Magistrat, Oberbürgermeister Jochen Partsch und die von der StaVo gewählten städtischen Aufsichtsräte auf die Bauverein AG einwirken, die Mieterhöhungen im Buxbaum-Ensemble zu verringern und eine unbürokratische Härtefall-Regelung festzulegen. Und weil auch viele andere Mieterinnen und Mieter von hohen Mieten bei der Bauverein AG betroffen sind, forderten wir eine allgemeine Kooperationsvereinbarung zur Begrenzung von Mieterhöhungen auf 1% und der

Modernisierungsumlage auf 5% für alle Wohnungen des Unternehmens. So hat es beispielsweise das Land Hessen mit der Nassauischen Heimstätte vereinbart. Außerdem appellierten wir, dass die Mehrbelastung für die Umstellung auf Fernwärme nicht nur den Verbrauchern aufgelastet wird. Und schließlich schlugen wir vor, dass die Stadt eine Ombudsperson benennt, die Beschwerden von Mieterinnen und Mietern über die Bauverein AG (z.B. Mieterhöhungen, Baumängel, Baustellen) nachgeht und versucht zu vermitteln. Die Rednerinnen und Redner der Koalition zeigten überhaupt keine Einsicht und nahmen die Bauverein AG in jeder Hinsicht in Schutz. So lobten sie die niedrigen Mieten des städtischen Unternehmens, obwohl kaum zu übersehen ist, dass die Mieten in der Regel an das Mietspiegel-Niveau angepasst sind. Die Bauverein AG verlangt also ortsübliche Mieten und ist nicht besonders günstig. Auch sehen sie keinen Handlungsbedarf, wenn bei Wiedervermietungen nach Sanierungen im Buxbaum-Ensemble 11 Euro, und in Neubauten der Lincoln-Siedlung gar 13 Euro pro Quadratmeter verlangt werden. Das treibt die Mieten hoch und hat mit sozialer Politik nichts zu tun.



Uli Franke, Stadtverordneter Die Linke

#### Unsere Forderungen:

- **Begrenzung der Modernisierungsumlage auf 5% statt der gesetzlichen 8% der Modernisierungskosten, auch rückwirkend für Erhöhungen im Jahr 2018.**
- **Begrenzung aller normalen Mieterhöhungen auf 1% pro Jahr.**
- **Keine Neu- und Wiedervermietungen oberhalb des Mietspiegels.**
- **Keine weitere Gewinnabführung von Bauverein AG**
- **Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für Mieterinnen und Mieter der Bauverein AG**



# Hessencampus Eine Mogelpackung in Hochglanzpapier?

**Seit September letzten Jahres hat auch Darmstadt einen Hessencampus**

Der Hessencampus (HC), entwickelt vom Kultusministerium in Hessen, ist ein regionaler Verbund von Berufsschulen, Volkshochschulen und weiteren Bildungsakteuren in einer Region mit dem Ziel: "... Erwerbende in allen Lebensphasen und -lagen dabei zu unterstützen am Lebensbegleitenden Lernen teilzunehmen sowie passende Konzepte für verschiedene Zielgruppen zu entwickeln (siehe https://kultusministerium.de/schulsystem/erwachsenenbildung)

Im Hessencampus in Darmstadt sind 9 Verbundpartner (davon sechs Berufsschulen, ein Abendgymnasium, eine Abendrealschule und die Volkshochschule) organisiert. Mit diesen Verbundpartnern will der HC in Darmstadt eine Plattform für neuere, umfassendere und bessere Angebote im Bereich des Lebensbegleitenden Lernens für Erwachsene entwickeln.

**Aber ist dies wirklich ein dem Konstrukt HC zu erreichen?**

Den Rahmen vom Hessencampus bildet in der Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen nach §3 die Steuerungsgruppe. Sie ist das inhaltliche und organisatorische Entscheidungsgremium für den HC. Auffällig ist, dass in dieser Gruppe keinerlei Personalvertretung (von Lehrkräften, VHS) vorhanden ist, obwohl der HC entscheidend in die

Arbeitsbedingungen von Lehr- und Fachkräften der Schulen und der VHS eingreifen kann. Hier werden Mitbestimmungsorgane ausgehebelt und dadurch werden nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nicht mit berücksichtigt sondern auch die realistische Betrachtung dessen, was sinnvoll und machbar ist, aus der Sicht derjenigen, die den HC umsetzen sollen wird nicht mit einbezogen.

**Durch den Hessencampus wird die Mitbestimmung der Lehrkräfte ausgehebelt.**

Im HC werden zwei Verbundpartner zusammengenommen (VHS / Berufsschulen), die von ihren Aufgabebereichen her völlig unterschiedlich sind und die nun im Rahmen des Verbundes Aufgaben übernehmen sollen, die nicht ihrem Bildungsauftrag entsprechen. Gerade das zentrale Handlungsfeld des HC „Bildungsberatung“ ist z.B. bei den Schulen so nicht zu installieren, da die Schulen die öffentliche Aufgabe, Vermittlung von Bildungsunterrichten haben. Lehrkräfte sind mit dieser Aufgabe mehr als ausgelastet, und es entspricht auch nicht ihrem Arbeitsauftrag, lebensbegleitende Bildungsberatung durchzuführen. Die Laufbahnberatungen, die an vielen beruflichen Schulen durchgeführt werden, übersteigen

jetzt schon oft die Kapazitätsgrenzen der Lehrkräfte. Wo sollen denn die zusätzlichen Ressourcen für diese zusätzliche Aufgabe bei den Schulen herkommen?

In der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Darmstadt wird als ein weiteres Handlungsfeld vom HC die Vorbereitung auf externe Schul-Berufsabschlüsse formuliert. Dies ist sehr bedenklich. Eine solche Planung könnte auch eine Konkurrenz für bestehende schulische Angebote darstellen. Hier ist außerdem fragen, wer diese Vorbereitung durchführen soll. Werden dazu Lehrkräfte von den Schulen abgeordnet? Dies könnte zu einem wesentlichen Eingriff in die Stundenplangestaltung der Schulen und der Lehrkräfte führen.

Bisher sind Abordnungen grundsätzlich mit dem betroffenen Lehrkräften und dem Gesamtpersonalrat der staatlichen Schulämter abzustimmen. Wie werden zukünftig, im Falle einer Zustimmung, fehlende Lehrkräfte an den Schulen kompensiert, und was passiert bei einer Ablehnung?

Weiter wird in der Kooperationsvereinbarung angestrebt, dass die Träger und Verbundpartner im Rahmen von HC Drittmittel einwerben und Einnahmen erzielen. Wieso sollen öffentliche Einrichtung Drittmittel für ihre Tätigkeit einwerben? Um Einnahmen zu erzielen, müssen Teilnehmer/Innen zahlen. Dies widerspricht einem öffentlichen Bildungsauftrag. Aber wenn Teilnehmer/Innen für Lernangebote z.B. an Schulen zahlen müssen, ist dies

mehr als kritisch zu betrachten, da dies auch ein erster Schritt in Richtung Privatisierung von Bildung ist.

**Es wäre sinnvoller gewesen den Schulen mehr finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen.**

Fazit: Der Hessencampus ist ein Konstrukt, das mehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Und es ist mehr als fragwürdig, ob die angestrebte Zielsetzung „Unterstützung vom Lebensbegleitenden Lernen“ durch dieses Konstrukt Realität wird. Es wäre viel sinnvoller gewesen, die vorhandenen Strukturen zu stärken, z.B. den Schulen mehr finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen, um unterstützende Lernräume für die einzelnen Zielgruppen zu schaffen. Vorhandene Beratungsangebote müssen finanziell so ausgestattet werden (z.B. VHS/ IB etc.), dass sie zielgruppenspezifisch flächendeckend arbeiten könnten.



Maria Späh, Mitglied erweiterte Linksfraktion

## Die Umstrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt

### Statistische Planungsräume ersetzen gewachsene Strukturen

Am 11.12.18 hat die Linksfraktion als einzige Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Pläne der Stadt, die Kinder- und Jugendarbeit neu zu strukturieren, gestimmt. Durch die Umstrukturierung sollen die Haushaltsmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit gleichmäßiger auf das Stadtgebiet verteilt werden. Nach dem Koalitionsvertrag festgelegten Grundsatz sollen ALLE Kinder und Jugendliche im Alter von 6-21 Jahren in Darmstadt von der Kinder- und Jugendarbeit profitieren, und nicht nur solche, die in benachteiligten Stadtteilen leben. Das soll allerdings nicht heißen, dass nicht bestimmte Stadtteile mehr Kinder- und Jugendarbeit brauchen. Dazu hat die Stadt auf Basis des Sozialindex 2018 eine Kennzahl entwickelt, die den als „normal“ angenommen Bedarf in den entsprechenden Vierteln erhöht.

Das klingt auf den ersten Blick einleuchtend und vernünftig. Bei näherem Hinschauen ergeben sich aber viele Fallstricke, die schmerzhaften Auswirkungen auf die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen zeitigen. Die Bildung des Sozialindexes als Planungsgrundlage für die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen ist ebenso unzureichend wie die zugrunde liegenden „Planungsräume“. Der Sozialindex, der die Neustrukturierung begründet, umfasst fünf Faktoren: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Lebensunterhalt bei Erwerbsminderung und Wohngeldbezug. Aus unserer Sicht fehlen Bezüge zur tatsächlichen Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen.

Dazu zählen aus fachlicher Sicht Indikatoren:

- zu Bildung, da noch immer das Bildungsniveau der Herkunftsfamilie die erreichten Abschlüsse der Kinder bestimmt.
- zu familiärer Situation, da z.B. Kinder von Alleinerziehenden ein überdurchschnittliches Armutsrisiko tragen.
- zu Wohnen, da Belegungsdichten und geringe Wohnfläche sich negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern auswirken.
- zu besonderem Förderbedarf, z.B. über Auswertungen der Schuleingangsuntersuchungen oder die Dauer des Kitabesuchs.

**Es fehlen Bildung, Wohnungs- und Familiensituation als Kategorien im Darmstädter Sozialindex.**

**Aus unterschiedlichsten Stadtvierteln wird ein „Planungsraum“**

Wie ausgeführt, stellen Wohnquartiere eine äußerst wichtige Ressource für die Alltagsbewältigung von Familien dar. Der eingangs beschriebene Sozialindex, welcher der Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit zugrunde liegt, bezieht sich aber nicht auf die Stadtteile selbst. Vielmehr fasst der Index die sehr unterschiedlichen Lebenslagen



Betroffen: Das Kinderhaus „Paradies“ in Eberstadt.

#### Stadtteil Eberstadt

In Eberstadt-Süd wird das Kinderhaus Paradies zukünftig von einem kirchlichen und einem privaten Träger, dem „Internationaler Bund“ übernommen. Der private Träger beschäftigt dann zwar die gleiche Anzahl von MitarbeiterInnen, bietet aber nicht die gleichen Arbeitsbedingungen (z.B. einen geringeren Lohn) an. Die seit Jahren beschäftigten Fachkräfte der Stadt sollen umgesetzt werden. Wertvolle Erfahrungen und Netzwerke gehen so verloren, die gerade für die intensive, umfassende sozialpädagogische Arbeit in diesem Stadtteil von zentraler Bedeutung sind. Damit ist eine Verschlechterung der Situation der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Fachkräfte zu erwarten, die sich auch auf die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen auswirken wird. Denn für diese ist Vertrauen die wichtigste Ressource.

**Wertvolle Erfahrungen und Netzwerke gehen verloren.**

#### Stadtteil Martinsviertel

Die Umstrukturierung trifft auch das Martinsviertel ins Mark. Hier sind zwei Kinder- und Jugendhäuser, das Max-Rieger-Heim und die Baas-Halle von der Schließung betroffen. Gewachsene, kleinteilige Strukturen in Nahbereich der hier lebenden Kinder und Jugendlichen werden zerstört. Seit über 50 Jahren ist das Max-Rieger-Heim Anlaufstelle für Kinder, die nach der Schule keinen festen Betreuungsplatz haben. Vor allem Kinder von Alleinerziehenden und aus Migrantenfamilien nutzen dieses Angebot. Auch die zukünftige Nutzung des bewährten Spiel- und

Sportangebotes der Baas-Halle ist noch genauso ungeklärt wie die Situation der hier beschäftigten Fachkräfte.

#### Fazit

Bei der Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit sollte die inhaltliche Neuausrichtung an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen in ihrem Stadtteil im Vordergrund stehen. Schwierige Rahmenbedingungen in einem Quartier erfordern einen höheren Einsatz an Ressourcen, um gleiche Bildungschancen herzustellen. Das große Plus von kleinen Einrichtungen ist ihre gewachsene Struktur im direkten Lebensfeld der Kinder und Jugendlichen und die dadurch mögliche umfassende Förderung und individuelle Betreuung durch Vertrauen in ein gut eingespieltes und vernetztes Fachkräfteteam. Große zentrale Einrichtungen, wie das geplante neue Internationale Jugendzentrum in der Pankratiusstraße haben eine völlig andere Struktur und decken einen anderen Betreuungsbedarf. Hier werden zukünftig neben einem Jugendzentrum auch eine Kindertagesstätte mit U3/U3-Betreuung und eine Schulkindbetreuung vorgehalten.



Kris Hartmann, Stadtverordnete Die Linke



Rita Weirich, Mitglied erweiterte Linksfraktion

#### Auf dem Prüfstand

Die Koalition verspricht seit 2011 Partizipation, die Beteiligung der Bürger\*innen. Dazu hat ein Arbeitskreis Leitlinien auf 53 Seiten erarbeitet. Dort ist zu lesen: Bürgerbeteiligung wird ... als ein kooperativer Prozess verstanden, der allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, sich im Rahmen einer lösungsorientierten Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft mitgestaltend in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Was aber nützt das, wenn das reale Handeln von Magistrat und Verwaltung dem widerspricht? Zu den Planungen rund um die Straßenbahn in Bismarck- und Frankfurter Straße sowie am Willy-Brandt-Platz formierte sich die Bürgerinitiative „ig3“, die zur städtischen Planung Alternativen entwickelt. Die Initiative lud Bürger und Stadt zu einem Ortstermin und beantragte Aufnahme in die Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung. Hierzu sammelte sie genügend Unterschriften, so wie es die Leitlinien vorsehen. Und dann stimmten die Stadtverordneten darüber ab. Obwohl der Magistrat nur ‚Bürgerinformation‘ zugestehen wollte, sagten sie Ja zur Aufnahme in die Bürgerbeteiligung. Aber eine ‚gemeinsame Entwicklung von Varianten und Alternativen‘ war dann doch zu viel. Dabei wäre genau dies im Sinne der Leitlinien. Oder gibt es zum ‚kooperativen Prozess‘ ein Missverständnis?

Die bisherigen Bürgerversammlungen sollten nur der ‚Information‘ dienen. Keinesfalls waren sie gedacht, über andere Lösungen zu diskutieren. Es gab sogar das Verbot, andere Pläne als die der Stadt aufzuhängen. Frau Dr. Boczek verbat einem Stadtverordneten sogar das Wort! Und wo Diskussion am Platze wäre, wurde sie auch mal abgelenkt mit dem Hinweis auf „Komplexität“. Bis heute wurden auch erbetene Unterlagen zu Abwasserkanälen, Zählungen und Erhebungen glattweg verweigert. Vom Wortlaut der „Leitlinien“ liest sich die Bürgerbeteiligung verheißungsvoll. In der Binnensicht aber wird der Bürger bald desillusioniert. Denn zu offensichtlich ist der Drang der Stadt, allein ihre Planung zuzulassen. Und wenn dann mal ein kleines Detail übernommen wird, ist das keine Bemerkung oder gar einen Hinweis wert. Die Art und Weise, wie Projekte auf die Vorhabenliste kommen und dann einfach wieder verschwinden, zeigt, wie wenig ernsthaft die Sache betrieben wird. Bürgerbeteiligung braucht Zeit, sie braucht Jahre. So aber werden die Bürger durch die Stadt getrieben, die mitreden wollen. Mit dem Argument, das sei alles doch schon mal diskutiert worden, wird zur Eile gedrängt. Aber Bürgerbeteiligung lässt sich nicht an- und ausknipsen wie ein Lichtschalter. Und Beteiligung ist auch kein gegenseitiges Anschreiben wegen des Verkehrslärms auf dem Willy-Brandt-Platz neben einem „Info-Rad“.



Werner Krone, Stadtverordneter DKP

#### Zum Haushalt 2019 und dem Ausstieg aus dem „Schutzschirm“



Uli Franke, Stadtverordneter Die Linke

Der Stadtkämmerer konnte in 2018 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen, diesmal sogar unter Einbeziehung der Tilgungszahlungen. Dadurch wurden die Bedingungen für den Ausstieg aus dem „Schutzschirm“ vorzeitig erfüllt. Allen Steuerenkungen auf Bundesebene für Reiche und Konzerne zum Trotz scheinen die Kommunen also gut zurechtzukommen, und auch die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs ab 2011 zugunsten des Landeshaushalts konnten sie anscheinend gut verkraften. Der Grund dafür ist die jahrelange beste Konjunktur, die die Steuereinnahmen in den sechs Jahren seit 2012 um 40% ansteigen ließ – die Erhöhungen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer haben hingegen nur 12% des Anstieg bewirkt. So lassen sich sogar die deutlich gestiegenen Sozialausgaben finanzieren.

Doch in solchen Zeiten sollte man deutlich über der Nulllinie stehen. Man sollte Rücklagen anlegen können – zumal die Stadt ja künftig keine Kredite mehr aufnehmen darf, wenn die guten Zeiten vorbei sind und die Steuereinnahmen wieder sinken. Auf dieses Szenario müssen wir uns spätestens ab 2020 vorbereiten. Dann werden leider die Kürzungen anstehen, die durch die gute Wirtschaftslage bisher vermieden werden konnten.

#### Unsere Anträge

- **Höhergruppierung von Erzieherinnen und Erziehern** **1 Mio €**
- **Leitungsfreistellungen für Kitas** **1,5 Mio €**
- **Sozialticket** **0,6 Mio €**
- **Verringerung Ausschüttung Bauverein AG** **2,3 Mio €**
- **Erhöhung Gewerbesteuer um 1,3%** **-2,3 Mio €**
- **Abplanung Lichtwiesenbahn** **-3 Mio €**
- **Abplanung Erneuerung Karolinenplatz** **0,45 Mio €**

Jedenfalls ist die positive Entwicklung der letzten Jahre kein genialer Kraftakt der grün-schwarzen Koalition, sondern sie ist ihr in den Schoß gefallen: auch die meisten anderen hessischen Kommunen haben zur Zeit einen ausgeglichenen Haushalt, und ein Viertel von ihnen konnte schon Anfang 2018 den „Schutzschirm“ verlassen.

Auch wenn die ganz großen „Grausamkeiten“ bisher ausgeblieben sind, haben die Bürgerinnen und Bürger doch einen hohen Preis für die „schwarze Null“ des Kämmerers gezahlt: Beispielsweise 15 Mio Euro für die Erhöhung der Grundsteuer,

die die Mieterinnen und Mieter über die Nebenkosten zu tragen haben. Oder durch hohe Mieten beim Bauverein, der seit 2012 mit 100 Mio Euro Gewinnausschüttung zur Sanierung des Haushalts beigetragen hat, anstatt sich bei Mieterhöhungen zurück zu halten. Die dringend notwendige Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe, für die die Kolleginnen und Kollegen 2015 so aufopferungsvoll gekämpft hatten, wurde mit Verweis auf die Finanzen nicht umgesetzt. Nicht einmal die „schwarze Null“ des Kämmerers gezahlt: Beispielsweise 15 Mio Euro für die Erhöhung der Grundsteuer,

Und schließlich verweigerte er sich standhaft der Einführung eines Sozialtickets, die seit Jahren immer nur angekündigt wird.

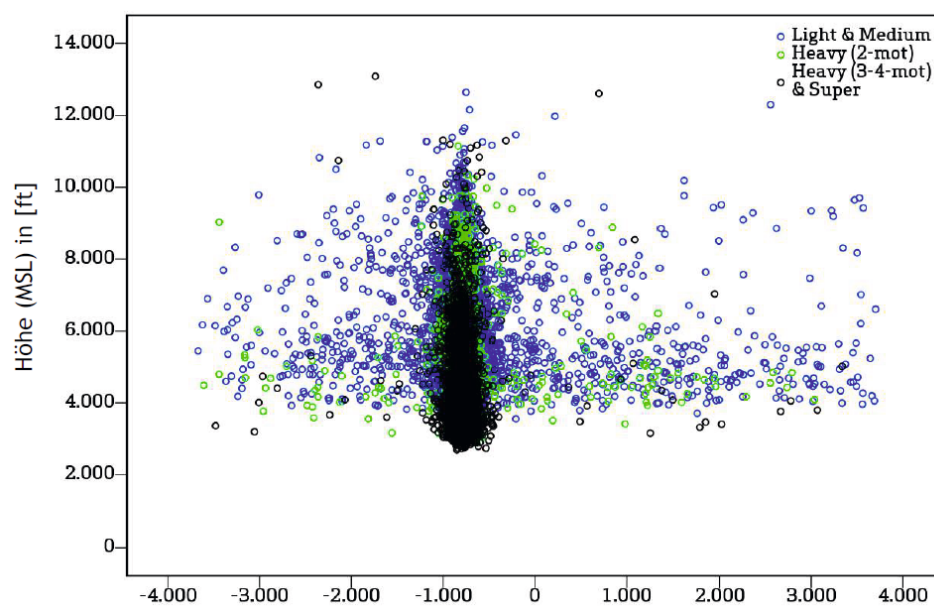
Bezeichnend ist auch, dass der Investitionsstau trotz der Hochkonjunktur kaum aufgelöst werden konnte: Der Bestand an gefördertem Wohnraum ist gerade so erhalten geblieben. Der fahrradfreundliche Umbau der Stadt ist erst im vergangenen Jahr – auch durch den durch Druck des Radentscheids – ein wenig in Fahrt gekommen. Und angesichts des desaströsen Zustands vieler Schulen hätte in den letzten Jahren viel mehr erreicht werden müssen als nur die Sanierung des Berufsschulzentrums auf den Weg zu bringen.

Die ausgeglichenen Haushalte der letzten Jahre dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Darmstadt, wie die meisten Kommunen, durch die kommunalfeindliche Politik von Bund und Land strukturell unterfinanziert ist. Die Kommunen brauchen Einnahmen aus der höheren Besteuerung von Vermögen und großen Einkommen, und sie brauchen einen ordentlichen kommunalen Finanzausgleich, damit sie sozialen Ausgleich schaffen, ein guter und attraktiver Arbeitgeber sein und ihre Zukunftsaufgaben bei der Verkehr und Schulbau meistern können.



## Amtix kurz – Fluglärm wissenschaftlich verteilt

„Amtix kurz“ ist eine Abflugroute des Flughafens Rhein-Main. Sie führt zur Zeit noch knapp nördlich von Arheilgen und Kranichstein auch über Darmstädter Gebiet. Die technischen Möglichkeiten zur Flugnavigation haben zugenommen. Dadurch ist es besser möglich, auch Schleifen und „Dellen“ zu fliegen. Eine solche Delle könnte dafür sorgen, dass Wixhausen nördlich umflogen wird. So würden sich Flüge und Fluglärm von Arheilgen und Kranichstein wegbewegen. Soweit so gut. Aber es würde Gewinner und Verlierer geben. Vor allem Erzhausen und Egelsbach würden mehr zu hören bekommen. Daher wurde untersucht, für welche Flugrouten die wenigsten Einwohner vom Fluglärm belästigt werden. Die Städte und Gemeinden werden in einer so genannten Konsultation beteiligt. Weil keine Unterschiede gemacht werden, wer in den Wohngebieten wohnt, ist dieser Ansatz zu begrüßen. Auch die Stadt Darmstadt hat Stellung genommen, sich aber nicht für die von den Fachleuten empfohlene Variante 4, sondern die zweitbeste ausgesprochen. Grund: So würden weniger Darmstädter betroffen. Wer bereit ist, sich einzulesen, wird von den Untersuchungen beeindruckt sein. Hier etwas zur Einhaltung der Flugrouten, siehe Grafik.



Wie weit die Realität von der vorgesehenen Flugroute abweicht, lässt sich anhand dieser Grafik sehr gut erkennen.

Aber weder Untersuchungen noch die Stellungnahme der Stadt Darmstadt geben Antwort darauf:

- Die Steuerprivilegien für den Flugverkehr,
  - Das auf Wachstum gebürstete Verhalten der FRAPORT AG.
- Trotz überwiegend öffentlicher Beteiligung ist der Flughafen nicht dem Gemeinwohl, sondern ein dem Kapitalverpflichtetes Unternehmen. Das Land Hessen hat nicht nur die Aufsicht, sondern handelt auch als Großaktionär. Ziel sind daher nicht weniger Flugbewegungen, sondern mehr. Notfalls werden Billigfliegern günstigere Bedingungen eingeräumt.

Aus politischen Rücksichten hält sich daher die Stellungnahme der Stadt trotz vieler Worte mit Kritik zurück und wirft nur mit Wattebäuschen: „Die Wissenschaftsstadt Darmstadt setzt sich ... dafür ein, dass der aktive Schallschutz auf gesetzlicher Ebene deutlich mehr Berücksichtigung erhält und so der Schutz der betroffenen Bevölkerung zumindest mit den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und der ihn nutzenden Fluggesellschaften gleichgestellt wird.“ Bravo, das sitzt!



Werner Krone, Stadtverordneter DKP

**Darmstadt hat sich für die zweitbeste Variante entschieden.**

## Frauen-Recht auf Information und Selbstbestimmung Information & Diskussion über die §§ 218 und 291a

**Veranstaltung der Linksfraktion Darmstadt, 6.3.2019**

Der § 219a muss ersatzlos gestrichen werden und das Land muss seinen Versorgungsauftrag bei Schwangerschaftsabbrüchen erfüllen

Dies waren zwei der zentralen Forderungen bei der Veranstaltung am 06.03.19.

Die beiden eingeladenen Expertinnen von Pro-Familia Frau Zeiß und Frau Rohmert erläuterten in ihren Vorträgen anschaulich wie die momentane Situation für Frauen ist, die sich wegen einem Schwangerschaftsabbruch bei Pro-familia beraten lassen müssen. Frau Zeiß verdeutlichte, dass die Beratungspflicht in ein Beratungsrecht umgewandelt werden müsste, nur so könnten Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht wirklich wahrnehmen. Frau Rohmert als beratende Ärztin bei Pro-Familia Darmstadt beschrieb, wie unzureichend die medizinische Situation für Frauen ist, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen (mangelnde Versorgungslage, kaum medizinische Qualitätsstandards etc.).

Beide Expertinnen gingen nochmal auf die fragwürdige Studie ein, die das Gesundheitsministerium zum Post Abortion Syndrom (PAS) für 5 Millionen in Auftrag geben will. Sie verdeutlichten, dass es keine neuen Studien zu psychischen Problemen nach einem Schwangerschaftsabbruch geben müsste. Denn es gebe zahlreiche wissenschaftliche Studien dazu und alle kämen zu dem gleichen Ergebnis: Es gibt kein PAS, hier ist die Studienlage eindeutig. Ein möglicher Risikofaktor ist nicht der Eingriff selbst, sondern die wahrgenommene Stigmatisierung und vorangegangene psychische Erkrankungen. Zudem werden mit dem Fokus auf Abtreibung die psychischen Probleme bei ungewollter Mutterschaft (bei Mutter und Kind) ausgeblendet. Christiane Böhm MDL der Linken erläuterte in ihrem Beitrag die Anträge der Linken zu diesem Thema im Landtag (z.B. ersatzlose Streichung des §219). Sie informierte darüber, dass die Normenkontrollklage die die Oppositionsparteien im Bundestag zum §219a stellen wollen gerade rechtlich geprüft wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in diesem Bereich



Demo für Frauenrechte vor dem deutschen Bundestag.

auch politisch zu fordern und umzusetzen sieht sie für sich als wichtige Aufgabe. Im anschließenden gemeinsamen Austausch wurden die problematische Studie des Gesundheitsministeriums, die vermehrte Aktivität der Lebensschützer und die mangelnde Versorgungslage der Frauen eingehender besprochen und Forderungen dazu formuliert. Das dieses Thema von großem Interesse ist zeigt sich auch schon daran, dass die Veranstaltung gut besucht war: Wir durften ca. 60 Frauen und ca. 5 Männer begrüßen.

Information ist der erste Schritt: Weg mit §219a!

Information ist der erste Schritt: Weg mit §219a!

Information ist der erste Schritt: Weg mit §219a!



Maria Späh, Mitglied erweiterte Linksfraktion

**DIE LINKE.**  
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

### Adresse

Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung  
Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 - 6690310  
Telefax: 06151 - 6690533

info@linksfraktion-darmstadt.de  
www.linksfraktion-darmstadt.de  
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

### Bürgersprechstunde

Ort: „LinksTreff Georg Fröba“

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

### Öffentliche Fraktionsitzungen

Ort:

„LinksTreff Georg Fröba“  
Landgraf-Philipp-Anlage 32  
64283 Darmstadt

Termine:

27. Mai 18 Uhr  
13. Aug. 18 Uhr  
10. Sep. 18 Uhr

### Spenden

Die Linke  
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

Ktn: 110 798 300  
Blz: 508 900 00  
Volksbank Darmstadt